

Gesund in Zukunft

Beschluss des 35. NRW-Tags der Jungen Union Nordrhein-Westfalen



I. *Persönliche Versicherung*

Die Junge Union NRW spricht sich für die Einführung einer persönlichen Versicherung (einkommensunabhängige Prämien) bei der Krankenversicherung aus.

- Im Gegensatz zum heutigen System werden die Beiträge einkommensunabhängig erhoben (Pauschale). Diese Pauschale verteilt die tatsächlichen Kosten der Krankenversicherung gleichmäßig auf alle Versicherten.
- Durch die Einführung der Pauschale wird die paritätische Aufteilung der Beiträge zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgehoben.
- Als Ausgleich erhalten die Arbeitnehmer den bisherigen Arbeitgeberanteil dauerhaft als Lohnerhöhung.
- Ehepartner sind bei der persönlichen Versicherung nicht mehr automatisch mitversichert und müssen eine eigene persönliche Versicherung abschließen, es sei denn, sie treten aus dem Erwerbsleben aus und widmen sich der Kindererziehung. Kinder bleiben beitragsfrei.
- Es muss ein Sozialausgleich vorgenommen werden, um einerseits Einkommensschwache zu unterstützen und andererseits bei Familien die Mehrbelastung abzufedern. Daher wird der Beitrag auf max. 15 % des Einkommens begrenzt (sog. Kapplungsgrenze). Dieser Sozialausgleich ist durch steuerpolitische Maßnahmen gegenzufinanzieren.
- Um steigende Beiträge im Alter auszugleichen, soll, durch einen ca. um ein Drittel erhöhten Beitrag, ein persönlicher Kapitalstock gebildet werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass der gebildete Kapitalstock beim Wechsel der Krankenversicherung durch den Versicherten auf die neue Krankenversicherung übertragen wird.

Im Gegensatz zu dem heutigen System bietet die persönliche Versicherung vor allem folgende Vorteile:

- Die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgeber und -arbeitnehmer wird aufgehoben. Damit führen steigende Kosten zur Gesundheitsversorgung nicht mehr automatisch zur Steigerung der Lohnkosten und damit zu mehr Arbeitslosigkeit.
- Durch die sehr gut vergleichbaren Monatspauschalen wird der Wettbewerb zwischen den Versicherungsanbietern verstärkt, insbesondere da nun auch private und gesetzliche Krankenversicherungen auf breiter Basis konkurrieren. Dadurch werden die Versicherungen ihre Effizienz verbessern und Wasserköpfe in der Verwaltung stärker abbauen.
- Die Umverteilung wird transparent: Im Gegensatz zum heutigen System findet der Sozialausgleich eindeutig getrennt von den Beiträgen statt. Damit wird für die Bürger ersichtlich, wie genau und in welcher Höhe der Sozialausgleich stattfindet.

Gegenüber dem ebenfalls häufig diskutierten Modell der so genannten Bürgerversicherung bietet die persönliche Versicherung weitere entscheidende Vorteile:

- Bei der so genannten Bürgerversicherung würde nur noch ein minimaler Wettbewerb zwischen den Krankenkassen stattfinden, da die privaten Versicherungen in den Bereich von Zusatzversicherungen zurückgedrängt würden und keine Konkurrenz für die Krankenkassen mehr wären. Bei einer gleichzeitig zu erwartenden Reduzierung der Zahl der Krankenkassen, besteht weiterhin das Risiko von wettbewerbshemmenden Absprachen.
- In der Diskussion wird immer wieder genannt, dass bei dem Modell der so genannten Bürgerversicherung die Finanzierung nachhaltig gestärkt wird: Durch das Eintreten neuer Berufsgruppen in die gesetzliche Krankenversicherung. Verschwiegen wird dabei meist, dass diese neuen Kassenmitglieder nicht nur Beiträge einzahlen,

sondern auch Leistungen beziehen und damit eben nicht zu einer nachhaltigen Finanzierung der Krankenkassen beitragen.

- Während der Staat heute für seine Beamten direkte Zuschüsse zu den Behandlungskosten über Beihilfen vergibt, müsste er bei dem Modell der so genannten Bürgerversicherung die Hälfte der Beitragssätze übernehmen. Nach Schätzungen des Deutsche Beamtenbundes (DBB) würde dies für den Staat zu Mehrkosten von rund 3 Milliarden Euro führen, allein NRW würde mit rund einer halben Milliarde Euro Mehrkosten belastet. Dies ist für die Länder nicht leistbar und stellt de facto eine steuerfinanzierte Subventionierung der Krankenkassen dar.

II. Modulversicherung

Modulartige Aufteilung von Leistungen mit privaten Komponenten

Die Junge Union NRW spricht sich für die Auslagerung von bestimmten Leistungen der Basiskrankenversicherung in einem Modulsystem aus.

- Durch den immer weiter fortschreitenden medizinischen Fortschritt, aber auch aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland, kann es auf lange Sicht keine Basiskrankenversicherung mehr geben, die alle Leistungen zu 100% abdeckt.
- Daher ist es unvermeidbar, dass mittel- bis langfristig Leistungen aus der klassischen Krankenversicherung entnommen werden und über private Zusatzversicherungen abgesichert werden müssen.
- Dabei gilt es aber unbedingt zu vermeiden, dass den Patienten in einer schier unübersichtlichen Masse von Versicherungen der Überblick verloren geht.
- Seitens der Politik soll definiert werden, welche Leistungen in welchem Modul enthalten sein müssen. So wird es bspw. ein Modul Zahnbehandlung geben, wobei festgeschrieben wird, dass jeder Versicherungsanbieter für dieses Modul einen ausreichenden Standard garantiert.
- Dies soll durch eine geeignete Bundesbehörde kontrolliert werden.
- Ziel muss es am Ende sein, dass die Bürger innerhalb verschiedener Module jeweils andere Versicherungen auswählen können, am Ende aber Sicherheit über einen Komplettschutz haben.

Trotz aller Änderungen im Gesundheitswesen muss ein Grundsatz stets gelten: Der Schutz des Lebens jedes Menschen steht immer im Vordergrund, unabhängig von seinem sozialen Status. Die Leistungen, die über die Grundabsicherung hinausgehen und der einzelne Service, den ein Patient im Gesundheitsbereich erfährt, können jedoch je nach persönlicher Absicherung differieren.

In diesem Sinne ist auch dafür Sorge zu tragen, dass die Versicherungsanbieter keine relevanten Leistungen durch intransparente AGB-Änderungen nachträglich ausschließen.

III. Risikozuschläge

Die Junge Union spricht sich gegen die Einführung von Risikozuschlägen im Bereich der Krankenversicherung aus. Denn es gibt allgemeine Bedenken sowohl systemati-

scher wie auch praktischer Art, die gegen jede Art von Risikozuschlägen angeführt werden können.

So kann man teilweise nicht sinnvoll danach differenzieren, ob eine Handlung eher gesundheitsschädlich oder eher gesundheitsförderlich ist (z.B. Sportbereich). Darüber hinaus entstünden durch die Einführung von Risikozuschlägen lediglich in einzelnen Bereichen nicht akzeptable Gerechtigkeitslücken. Schließlich sprechen auch praktische Erwägungen gegen die Einführung von Risikozuschlägen. Denn wie z.B. kontrolliert werden soll, ob jemand raucht, bleibt völlig im Dunkeln. Zudem widerspricht es auch dem Gedanken eines freiheitlichen Staates, hinsichtlich sozial adäquater Verhaltensweisen einer totalen staatlichen Kontrolle unterworfen zu sein.

Nach alledem sind Risikozuschläge im Bereich der Krankenversicherung abzulehnen. Stattdessen ist zu prüfen, inwieweit z.B. auf Zigaretten eine zweckgebundene Abgabe zur Finanzierung des Gesundheitssektors erhoben werden kann.

IV. Mehr Wettbewerb – auch im bestehenden System

Neben grundsätzlichen Reformen auf der Finanzierungsseite steckt auch viel Potenzial für Optimierungen innerhalb der Organisation der Gesundheitsvorsorge. Im einzelnen fordert die Junge Union NRW:

a) Obligatorische Patientenquittungen

Um ein stärkeres Kostenbewusstsein bei den Patienten zu erreichen, fordert die Junge Union NRW bei allen Leistungen der Krankenkassen die obligatorische Einführung von Patientenquittungen. Damit können die Patienten nachvollziehen, ob auch nur die tatsächlich geleisteten Tätigkeiten korrekt in Rechnung gestellt werden und Unregelmäßigkeiten anzeigen. Vor allem aber werden den Patienten die Kosten der einzelnen Behandlungen bewusst, so dass sie überhaupt erst ein Kostenbewusstsein aufbauen können.

b) Einführung von Selbstbehalten

Die Einführung von Selbstbehalten hat bei den Patienten der privaten Krankenversicherungen zu positiven Ergebnissen geführt. Daher spricht sich die Junge Union NRW auch heute schon im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung für die Möglichkeit der Einführung eines Selbstbehaltes in der Größenordnung von EUR 200,- pro Jahr und (volljährigem) Patienten aus. Die „Eintrittsgelder“ in ihrer heutigen Form entfallen dafür.

Ausgenommen davon sind Grundimpfungen sowie Vorsorgeuntersuchungen, um präventiv Krankheiten frühzeitig zu erkennen und in einem Stadium, wo diese kontrolliert oder effektiv behandelt werden können, zu beseitigen. Damit vermeidet man mit geringerem Aufwand höhere Kosten, welche entstehen, wenn man nicht Vorsorge betreibt, um Krankheiten zu vermeiden.

c) Kleinere Packungsgrößen

Häufig werden den Patienten viel größere und damit kostenaufwendigere Packungen von Arzneimitteln verschrieben, als diese tatsächlich brauchen. Als Beitrag zur Kostensenkung fordert die Junge Union NRW die Einführung von Packungsgrößen, die der jeweiligen Anwendungsmenge und –dauer angemessen sind.

d) Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen

Auch nach der Seehofer-Schmidt-Reform finden sich immer noch versicherungsfremde Leistungen, die von den Krankenkassen getragen werden müssen. Exemplarisch sei hier das Mutterschaftsgeld genannt, wohingegen das Krankentagegeld aus

der Krankenversicherung entfernt wurde. Solche versicherungsfremden Leistungen sollen aus der Krankenversicherung entfernt werden und ggf. über den Steuerhaushalt finanziert werden.

e) **Primäre Prävention**

Die Junge Union fordert eine bessere Gesundheitsschulung und Aufklärung der deutschen Bevölkerung. So könnten durch qualifiziertes Lehrpersonal an Schulen viele Erkrankungen vor Ausbruch verhindert werden. (Beispiel: Viele junge Menschen leiden an Rückenproblemen: Sportlehrer könnten bereits im Schulsportunterricht gezielt auf ein Training der Rückenmuskulatur eingehen.) Dadurch entfallen immense Kosten u.a. durch orthopädische Behandlungen, welche durch präventive Maßnahmen verhindert oder gemindert werden können.

Die Junge Union NRW setzt sich für ein ausgeweitetes Bonussystem für Patienten, die selbst an Prophylaxe- / Vorsorgemaßnahmen teilnehmen, ein. Menschen, die aktiv dazu beitragen, die Kosten im Gesundheitssystem niedrig zu halten, indem sie sich gesund halten, sollten dabei stark unterstützt werden. Dies kann über niedrigere Beiträge erfolgen oder (wie bei den Bonusheften der Zahnärzte) über die Leistungen im Schadensfall. Die unverbindlichen Empfehlungen der Gesundheitsreform sind dabei nur der erste Schritt in diese Richtung. Zudem sollten diese Programme (wie auch das bereits bestehende Bonusheft beim Zahnarzt) viel stärker von Krankenkassen und Ärzten beworben werden.

f) **Einführung einer erweiterten Krankenversichertenkarte**

Die Junge Union NRW fordert die Ergänzung der Krankenversichertenkarten um zusätzliche Funktionen. So sollten die Krankenversichertenkarten zukünftig mit einem Foto des Versicherten versehen werden, um eine Identitätsprüfung vor der Behandlung zu ermöglichen.

Zusätzlich sollten auf den Krankenversichertenkarten zukünftig auch medizinische Daten (z. B. Blutgruppe) und Behandlungsdaten (z. B. verschriebene Arzneimittel, Röntgenbilder) gespeichert werden. Aus Datenschutzgründen muss der Versicherte jedoch die Entscheidungsfreiheit darüber haben, ob er gesundheitliche Daten speichern und beim Arztbesuch lesen lassen will oder nicht.